

Ökostrom ist viermal teurer als Strom aus Dampfkraftwerken

NAEB 1910

Kartenhaus Energiewende: Die Lügen, die die Umverteilung zugunsten der Ökostrom-Profiteure verschleiern sollen, werden vom Winde verweht und schmelzen in der Sonne dahin.

Um diese Aussage zu überprüfen, braucht man nur die Grundrechnungsarten. Nach Angaben des Energievergleichsportals Verivox ist der Strompreis von 14 Cent je Kilowattstunde (Ct/kWh) im Jahr 2000, also vor Beginn der Energiewende, auf 31 Ct/kWh im Jahr 2018 gestiegen. Im gleichen Zeitraum erreichte die Einspeisung aus Wind-, Solar- und Biogasanlagen rund ein Drittel des Stromverbrauchs in Deutschland. Mit diesen Angaben lassen sich die Kosten für Ökostrom leicht ausrechnen.



Die Stromrechnung bringt es an den Tag - StockKosh-Finance-29

Es gilt die einfache Gleichung: $14 \text{ Ct/kWh} \times \frac{2}{3} + x \text{ Ct/kWh} \times \frac{1}{3} = 31 \text{ Ct/kWh}$
Ökostromkosten: $x = 65 \text{ Ct/kWh}$.

Das ist viereinhalbmal mehr als die Stromversorgung mit konventionellen Kraftwerken. Bei dieser Berechnung braucht die Inflation seit dem Jahr 2000 nicht berücksichtigt werden. Die Preise an den Strombörsen waren weitgehend konstant. Das Ergebnis korrespondiert auch mit den Angaben der ehemaligen Umweltministerin Barbara Hendricks, die verkündete, im Ökostrombereich gäbe es pro erzeugte Kilowattstunde fünfmal mehr Arbeitsplätze als in der konventionellen Stromerzeugung.

Ökostrom ist Fakepower

Was verursacht diese hohen Kosten? Ökostrom wird doch immer preiswerter, verkünden Politiker und Medien. Die Vergütungskosten sollen zum Teil bereits unter den Erzeugungskosten von Kohlekraftwerken liegen. Damit wäre Ökostrom wettbewerbsfähig. Diese Aussage ist jedoch falsch, weil der vom Wetter abhängige Ökostrom nicht mit dem planbaren und regelbaren Strom aus Dampfkraftwerken vergleichbar ist. Bei Starkwind und Sonnenschein wird schon heute zu viel Ökostrom erzeugt, der kostenpflichtig entsorgt werden muss, um die Netze nicht zu überlasten. Zuletzt mussten Ostern für eine solche Entsorgung fünf Millionen Euro aufgewendet werden. Mit Ökostrom gibt es keine sichere Stromversorgung. Er ist teurer Zufallsstrom von geringem Wert, der dennoch von der Politik und den Profiteuren der Energiewende als Zukunftsenergie angepriesen wird. Der Stromverbraucherschutz NAEB bezeichnet diesen Strom zu Recht als Fakepower.

Eine sichere Stromversorgung ist nur mit Dampfkraftwerken möglich. Kohle-, Gas-, Wasser und Kernkraftwerke mit der dazu nötigen Leistung sind heute in Deutschland noch vorhanden. Die schwankende Fakepower stört die Netzstabilität. Das Einspeisen von Fakepower verursacht technische Probleme und zusätzliche Kosten, da die Schwankungen durch Regelkraftwerke ausgeglichen werden müssen. Technisch und wirtschaftlich ist die Einspeisung unsinnig. Dazu musste Zwang ausgeübt werden. Mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) wurde eine Vorrang-Einspeisung mit einer festen Vergütung eingeführt, die weit über den Erzeugungskosten der Kohlekraftwerke liegt. Die hohen Vergütungskosten werden auf Stromrechnungen als EEG-Umlage ausgewiesen. Das ist jedoch nur ein kleiner Teil der Fakepower-Kosten.

Ökostrom-Einspeisung führt zu vielen weiteren Kosten

Mit der Zwangseinspeisung von Fakepower wird eine wahre Kostenlawine losgetreten. Die Auslastung der Dampfkraftwerke sinkt und damit steigen die Erzeugerkosten. Die Leistung der Wind- und Solaranlagen schwankt mit jeder Windböe und Wolke stark. Zum Ausgleich müssen leistungsstarke Regelkraftwerke vorgehalten werden, die in Bereitschaft stehen oder im Teilleistungsbereich mit geringerem Wirkungsgrad laufen, also mehr Brennstoff für jede erzeugte Kilowattstunde benötigen. Darüber hinaus werden Gasturbinenkraftwerke als Kaltreserve finanziert, die bei Strommangel schnell anlaufen können. Stillgelegte Kraftwerke, die in Bereitschaft gehalten werden, sollen die Versorgung sicherstellen, wenn eine Dunkelflaute droht. Ihre Anlaufzeit beträgt etwa eine Woche.

Weiter müssen die Niederspannungsnetze erweitert werden, um den Strom von den Wind-, Solar- und Biogasanlagen einzusammeln. Umspannwerke brauchen neue Transformatoren. Hochspannungstrassen sollen Strom von Nord nach Süd bringen. Anschlüsse über Seekabel müssen zu den Off-Shore-Anlagen gelegt werden. All diese Kosten sind in den Netzgebühren versteckt. Sie sind Folgen der Energiewende.

Industrieanlagen müssen abgeschaltet werden

Mit jeder neuen Anlage wird immer häufiger Überschuss an Fakepower erzielt. Das Stromnetz wird überlastet und droht zusammenzubrechen. Um dies zu vermeiden, müssen Anlagen abgeschaltet werden. Der Betreiber erhält dann eine Ausfallentschädigung von 90 Prozent der entgangenen Einspeisevergütung. Umgekehrt käme es in Zeiten hoher Nachfrage und geringer Fakepower-Produktion zu einem Strommangel. Es werden dann leistungsstarke Industrieanlagen vom Netz genommen, um die Frequenz stabil zu halten. 2018 wurde unter anderem die Aluminium-Elektrolyse von der ALUMINIUM NORF GMBH in Neuss fast 80-mal abgeschaltet. Auch diese Produktionsausfälle werden vergütet und erhöhen die Strompreise. Die geforderte Stilllegung von Kohlekraftwerken wird die Abschaltung von Industrieanlagen weiter erhöhen.

Diese geschilderten „Nebenkosten“ der Energiewende und noch weitere Umlagen führen zu dem oben errechneten hohen Preis für Ökostrom, oder besser genannt Fakepower.

Keine Stromspeicher in Sicht

Unerwähnt sind bisher die Kosten für Stromspeicher, die notwendig wären, um den Überschussstrom aufzunehmen, und bei Mangel wieder abzugeben. Ausreichend große und wirtschaftliche Stromspeicher sind bis heute noch nicht einmal ansatzweise erdacht. Die Kapazität von Pumpspeicherwerken und Batterien ist viel zu klein. Die Speicherverluste betragen mindestens 20 Prozent. Hinzu kommen Speicherkosten. Noch viel teurer wird die Erzeugung von Wasserstoff, der dann in Gaskraftwerken wieder in Strom umgewandelt wird. Hier liegen die Verluste bei etwa 80 Prozent. Durch Speichern werden die Kosten für Fakepower mindestens verdoppelt.

CO₂-Steuern und Zertifikate erhöhen den Strompreis

Nun soll die Emission von Kohlenstoffdioxid (CO₂) kostenpflichtig werden, um Anreize zu schaffen, die Emissionen zu vermindern. Im Gespräch sind direkte Steuern oder eine Verknappung von CO₂-Zertifikaten.

„Klimaschutz“ und Reduzierung des „Klimagases CO₂“ haben in der Politik und den Medien inzwischen den Status von Axiomen erreicht, also Grundsätzen, die keines weiteren Beweises bedürfen. Sie werden nicht mehr hinterfragt. Wer es trotzdem tut, wird als Leugner, Laie, Unwissender oder mit anderen Bezeichnungen öffentlich an den Pranger gestellt. Mit den „Axiomen“ werden Preiserhöhungen begründet und Einwände abgeschmettert. So wird wohl in Kürze CO₂ mit Kosten belegt, die den Strom weiter verteuern. Wenn die CO₂-Zertifikate um 20 Euro je Tonne steigen, kostet die Stromerzeugung 1 Ct/kWh mehr. Ist das gewollt?

In Zukunft wird mehr Strom gebraucht

Doch der Stromverbrauch kann trotz steigender Preise nicht reduziert werden. Im Gegenteil: Künftig werden immer mehr elektrisch betriebene Geräte eingesetzt werden, um fehlende Arbeitskraft zu ersetzen. Auch das Internet verlangt immer mehr Energie, inzwischen mehr als alle Flugzeuge der Welt. Eine Kilowattstunde, die zurzeit als Strom 31 Cent kostet, liefert die Tagesarbeit eines Menschen. Selbst die EU-Staubsauger mit maximal 900 Watt haben noch die Leistung von neun Teppichklopfern. An solchen Beispielen wird klar, dass der Energieverbrauch weiter steigen wird und dafür auch Kaufkraftverluste hingenommen werden.

Die Verteuerung der Energie durch Fakepower, Steuern und Abgaben ist eine Sackgasse. Wie sich gezeigt hat, werden dadurch noch nicht einmal die politisch geforderten CO₂-Emissionen reduziert. Kaufkraftverluste führen zum Abbau von Arbeitsplätzen, denn die Nachfrage sinkt und die Produktionskosten steigen mit höheren Energiekosten. Es ist ein Teufelskreis. Es muss umgehend Schluss mit der Energiewende gemacht werden.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

Karsten Hilse (AfD) - Ökostrom kostete im April die Stromkunden 1,9 Milliarden Euro
9. Mai 2019 | <https://www.youtube.com/watch?v=1yfajFLOhmA>

Strompreise: Wir wollen Marktwirtschaft und keine Planwirtschaft! - Bruno Hollnagel - AfD-Fraktion
4. April 2019 | www.youtube.com/watch?v=FhNkqpRy0Us

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

